

**Vorlage
für die Sitzung der staatlichen Deputation
für Soziales, Kinder und Jugend
am 08.11.2012**

Europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen – Stand der Beratungen

A - Problem

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 17.06.2010 den Senat aufgefordert

1. ein europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen unter Berücksichtigung folgender Punkte zu erarbeiten
 - a) Berücksichtigung und Ausgestaltung des strukturierten Dialogs, Unterstützung europapolitischer Jugendprojekte,
 - b) Förderung der Jugendmobilität und –begegnungen innerhalb Europas,
 - c) Sicherstellung des Zugangs solcher Angebote unabhängig von finanziellen Aspekten,
 - d) Förderung der Vernetzung und Austausch von bereits vorhandenen Strukturen in Bremen und Bremerhaven,
 - e) Jugendlichen den Zugang zu europabezogenen Informationen ermöglichen und ausbauen,
 - f) Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen und für Jugendliche stärken.
2. bei der Erarbeitung dieses Konzeptes die im Land Bremen tätigen Organisationen der europabezogenen politischen Jugendarbeit mit einzubeziehen.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten.

Der Senat hat am 22.6.2010 vom Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Kenntnis genommen und ihn an die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa überwiesen. Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat zur Erarbeitung des europapolitischen Jugendkonzeptes eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der bisher folgende im Lande Bremen tätigen Organisationen und Stellen mitgearbeitet haben:

- Bremer Jugendring (Land und Stadt Bremen), Stadtjugendring Bremerhaven,
- Service Bureau Jugendinformation (Land),
- Interessierte Jugendverbände (Naturfreundejugend, Bremer Sportjugend, Evangelische Jugend),
- Landeszentrale für Politische Bildung (Bremen, Bremerhaven),
- Landesinstitut für Schule,
- EuropaPunkt Bremen,
- Amt für Soziale Dienste Bremen,

- Amt für Jugend, Familie und Frauen Bremerhaven,
- Senatsbehörden für Bildung, für Arbeit, für Europa,
- Bremische Landesvertretung in Brüssel,
- Jugendbildungsstätte LidiceHaus (als Landesjugendakademie),
- Universität Bremen, Hochschule Bremen.

Der Landesjugendhilfeausschuss wurde am 1.3.2011 über den Stand der Erarbeitung des europapolitischen Jugendkonzeptes für das Land Bremen und die weiteren geplanten Schritte informiert. Zum damaligen Zeitpunkt konnten bereits erste Leitorientierungen als Zwischenergebnisse mitgeteilt werden.

Das europapolitische Jugendkonzept soll sich an den folgenden allgemeinen Zielen ausrichten:

- Mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie
- Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen.

Es nimmt damit die jugendpolitische Ausrichtung der am 27. November 2009 von den Jugendministerinnen und Jugendministern der von den europäischen Mitgliedstaaten verabschiedeten „Entschließung über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010 – 2018)“ auf und entwickelt dazu Umsetzungsstrategien für die regionale und lokale Ebene im Land Bremen. In der Europastrategie des Senats wird das europapolitische Jugendkonzept im Handlungsfeld „Integratives Wachstum“ unter „Soziale Dimension und Integration“ erwähnt.

Das Konzept soll spezielle Initiativen im Jugendbereich enthalten, d.h. Maßnahmen und Aktionen, die gezielt auf junge Menschen ausgerichtet sind, in Bereichen wie nichtformale Bildung, Teilhabe und Freiwilligentätigkeit, Jugendarbeit, Mobilität und Jugendinformation:

- a) Das Interesse von Jugendlichen im Lande Bremen an europäischen Themensoll geweckt werden,
- b) Jugendliche sollen „Europa“ als politische, wirtschaftliche und soziale Realität erfahren, die sie sich als Teil ihrer Lebenswelt aneignen können,
- c) Jugendliche erlangen Wissen und Kompetenz, um sich in Europa aktiv bewegen und arbeiten zu können,
- d) Jugendliche setzen sich für ihre eigenen Belange ein und gestalten als aktive Bürger und Bürgerinnen Europa mit.

Andererseits soll es ein sektoren- und ressortübergreifendes Vorgehen befördern, um den Problemen der Jugend bei der Konzipierung, Umsetzung und Bewertung von Strategien und Maßnahmen in anderen Politikbereichen, die erhebliche Auswirkungen auf das Leben und die Zukunft junger Menschen haben, Rechnung zu tragen:

- a) Politik und Verwaltung im Land Bremen nehmen die Auffassungen von Jugendlichen ernst und berücksichtigen diese so weit wie möglich.
- b) Das Konzept soll die Situation Jugendlicher insgesamt in den Blick nehmen und ihre Sichtweisen, Erfahrungen und Lebenslagen unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen thematisieren.
- c) Das europapolitische Jugendkonzept beschränkt sich in diesem Sinn weder auf einzelne problembelastete Teilgruppen von jungen Menschen, noch akzeptiert es die institutionelle Verengung auf Jugendhilfepolitik (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe, etc.).

Aus verschiedenen Gründen (Neuwahlen, fehlende Haushaltsbeschlüsse, Organisationsveränderungen im Bereich Jugendamt – Jugendressort und hohe Arbeitsbelastung im Fachreferat) wurde die weitere Bearbeitung des Entwurfs für das europapolitische Jugendkonzept zwischenzeitlich zurückgestellt. Durch interne

Priorisierungen wurde von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen nun bestimmt, die Bearbeitung des Auftrags ohne weiteren Verzug fortzusetzen. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass es angesichts der wachsenden europakritischen Medienberichterstattung wichtig ist, die positive Einstellung junger Menschen zur Zukunftschance Europa durch einen jugendpolitischen Impuls zu stärken.

Zur nächsten Sitzung sollen die folgenden Institutionen zusätzlich eingeladen werden:

- Interessierte Jugendeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven,
- Europaschulen,
- Senatsbehörden für Gesundheit und für Kultur,
- Schulbehörden beider Städte,
- Hochschule Bremerhaven,
- EU-Beauftragte des Magistrats Bremerhaven,
- Junge Europäische Föderalisten.

Die Arbeitsgruppe geht davon aus, dass sie nicht nur zur Erarbeitung des Jugendkonzeptes zusammentritt, sondern nach dessen Verabschiedung auch seine Umsetzung fachlich begleiten kann. Der auf diese Weise zu gewährleistende Informationstransfer und die erzeugten Vernetzungseffekte können selbst bedeutsame konzeptunterstützende Faktoren werden.

B – Lösung

Am 26. Oktober 2012 hat die ressortübergreifende Konzept-Arbeitsgruppe die Arbeit am Konzeptentwurf wieder aufgenommen. Es wurde vereinbart, neben einer Aktualisierung auch eine stärker programmatische Fokussierung vorzunehmen. Zu diesem Zweck werden die mitwirkenden Ressorts und Ämter sowie Verbände und Einrichtungen gebeten, bis Ende November 2012 erste inhaltliche und strukturelle Konzeptvorschläge zu erstellen, die sich vorrangig auf folgende Gegenstandsbereiche beziehen werden:

- Vorhandene Informations- und Beratungsdienste stärken und verzahnen
- Adressatenspezifische Ansprache für Jugendliche, für Fachkräfte und Leitung verbessern, insbesondere für junge Menschen mit Migrationshintergrund und für junge Menschen aus benachteiligten Lebenslagen
- Motivierung, Qualifizierung und fachliche Unterstützung und Begleitung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe anbieten
- Nutzbarkeit für beide Stadtgemeinden in vergleichbarer Qualität sichern
- Europäische Jugendarbeit als Motor für Integrationspolitik nutzen
- Nutzung von Bundes- und EU-Förderprogrammen (insbesondere für die neue Förderphase 2014 – 2020) komplementär in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinden absichern
- Verbindliche ressort- und trägerübergreifende Netzwerkstruktur für europapolitische Jugendarbeit schaffen und den europapolitischen Bezug vorhandener Netzwerke nutzen.

Einzelne Aspekte geraten stärker als bisher in den Fokus. So sollen beispielsweise die von Bremen und Bremerhaven getragenen Städte- und Gemeindeparterschaften als besonders geeignete Arbeitsstrukturen für Jugendbegegnungen und Jugendmobilität mit nachhaltiger Wirkungserwartung ausgebaut und gestärkt werden.

Besonderes Gewicht soll auf noch die stärkere Einbindung der Aktivitäten und Vorhaben der für die Bereiche Europa, Schulen, Sport und berufliche Integration junger Menschen zuständigen Ressorts in das europapolitische Jugendkonzept gelegt werden. Die mögliche

Einbindung europäischer Kontakte bremischer Firmen in das Konzept soll mit den Kammern erörtert werden.

Ein Konzeptentwurf soll im Frühjahr soweit vorbereitet sein, dass er im Mai 2013 im Rahmen der Europawoche zum Beratungsgegenstand für Jugendforen in Bremen und Bremerhaven werden kann. Zusammen mit den Voten und Empfehlungen dieser Jugendforen soll das europapolitische Jugendkonzept nach Befassung von Landesjugendhilfeausschuss und Deputation(en) die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vor der Sommerpause 2013 erreichen.

C - Alternativen

Nicht bekannt.

D - Finanzielle/personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Genderprüfung

Zurzeit keine. Die Umsetzung des im Sommer 2013 zu erwartenden Konzeptentwurfs wird die Einwerbung von Mitteln des neuen ESF OP, von Mitteln des in Kürze für die Förderphase 2014-2020 vorgesehenen Programms „Youth Education Sports“ (vormals in der europapolitischen Beratung als „Erasmus für alle“ bezeichnet) und weiteren europäischen Förderprogrammen sowie die Einwerbung von Landesmitteln erfordern.

Das europapolitische Jugendkonzept betrifft Mädchen und Jungen gleichermaßen. Es wird darauf geachtet werden, dass bei den Maßnahmen auch geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden.

E - Abstimmung/Beteiligung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wurde eingeleitet. Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa, und dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt.

F - Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt vom Bericht zum Sachstand der Bearbeitung des europapolitischen Jugendkonzeptes Kenntnis.